

7

Wien, am 13. Oktober 1909.

HOCHGEEHRTER HERR !

Auf Ihr wertvolles Schreiben vom 11. Oktober gestatte ich mir, Ihnen Nachstehendes vertraulich zur Kenntnis zu bringen:

Das Ministerium hat, wie Sie wissen, schon im vorigen Jahre eine Subvention für den Mozarteumbau im Betrage von 200000 K, zahlbar in 10 Jahresraten à 20000 K in Aussicht genommen, sodaß die Präliminierung der ersten Rate in diesem Jahre (1909) hätte erfolgen sollen — eine Absicht, die in dem Widerstande des Finanzministeriums scheiterte — . Das Kultusministerium hat daher den früheren Vorschlag im heurigen Jahre unverändert wieder aufgenommen und die Präliminierung der ersten Rate mit 20000 K für das Jahr 1910 beantragt. Bei den hierüber eingeleiteten Verhandlungen mit dem Finanzministerium ist es gelungen, wenigstens den Betrag von 150000-K als erste Rate aufrecht zu erhalten. In wenigen Wochen wird der Staatsvoranschlag des Jahres 1910 als Regierungsvorlage dem Abgeordneten Hause vorgelegt werden und es wird dann der <sup>genau</sup> ~~genau~~ Betrag und zwar ausdrücklich als erste Rate bezeichnet in diesem Voranschlage enthalten sein, in dessen erläuternden Bemerkungen die Tatsache zum Ausdrucke kommt, dass die Höhe der für den Mozarteumbau zu gewährenden Gesamtsubvention derzeit noch nicht bestimmt ist.

Was nämlich die Gesamtsubvention betrifft, so hat das Finanzministerium, wenn es sich auch einer ausgiebigen, auf eine Reihe von Jahren zu verteilenden Subvention nicht länger widersetzt,

5  
doch an der bisher angenommenen Höhe von 200000 K lebhaften Anstoß  
genommen. Eine Subvention in dieser Höhe würde nämlich nahezu die  
Hälfte des bisher veranschlagten Kostenaufwandes von 450000 K re-  
präsentieren und dazu kommt, dass nach der keineswegs <sup>völlig</sup> anzutreffen-  
den Anschauung des Finanzministeriums <sup>die lokalen Faktoren</sup> bisher durchaus nicht in einem,  
der lokalen Bedeutung des Baues entsprechendem Verhältnisse zu den  
Kosten beigetragen haben, bzw. beizutragen sich bereit erklärten.  
Dies gilt <sup>namentlich</sup> nämlich von der in allererster Linie im Belange der Hebung  
des Fremdenverkehrs interessierten Stadtgemeinde, von der bisnun  
lediglich die Herausgabe des widmungsgemäß für den gegenständlichen  
Zweck heranzuziehenden Gregor-Baldi-Fonds zu erwarten ist, sodaß, ge-  
nau genommen, von der Gemeinde selbst, aus ihren eigenen Mitteln,  
keine nennenswerte Leistung aufgewendet, bzw. zugesichert wurde. Es  
kann vielmehr nicht geleugnet werden, dass die bisher aufgebracht  
Mittel beinahe ausschliesslich aus bereits bestehenden Spezialfonds,  
nämlich aus dem erwähnten Gregor-Baldi-Fonde und aus den von der  
Mozartgemeinde ins Leben gerufenen Mozarthausaufonde bestritten  
werden. Dies, wie gesagt, die Anschauung des Finanzministeriums, der  
allerdings entgegen gehalten werden kann, dass doch auch die Salz-  
burger Sparkasse mit 30000 K an den Widmungsgeldern beteiligt ist und  
daß, wie in der letzten Eingabe des Mozarteums ganz richtig bemerkt  
wurde, die Sparkasse ein Institut der Gemeinde Salzburg ist, daß  
nach allgemeiner Uebung die aussergewöhnlichen Subventionengemein-  
nütziger Unternehmungen an Stelle der in finanzieller Bedrängnis be-  
findlichen Stadtgemeinde vornimmt; ferner, dass auch das Kronland  
Salzburg ~~noch~~ eine Subvention von 180000-K gewidmet hat. Immerhin  
~~besteht~~ <sup>besteht</sup> aber ein starkes Missverständnis zwischen diesen lokalen  
Subventionen und der bezeichneten Höhe der erhofften Staatssubvention.  
Darüber, dass diese nahezu die Hälfte des Gesamtaufwandes betragen

würde, ist doch schwer hinwegzukommen. Umsomehr, als bei der Bewilligung staatlicher Subventionen in derartigen Fällen bisher beinahe ausnahmslos daran festgehalten wurde, dass die Subvention nicht mehr als 1/3tel des Aufwandes betragen soll, und in der Regel natürlich viel, viel kleiner <sup>aus</sup> ~~ausfällt~~. Das Ministerium für Kultus und Unterricht wird daher genötigt sein, im Sinne der Einwendungen des Finanzministeriums weitere Verhandlungen einzuleiten, welche dahin zielen soll<sup>en</sup>, daß auch von anderer, näher interessierter Seite weitere Geldmittel zur Verfügung gestellt werden, und <sup>so kann</sup> ~~damit~~ daher über die wirkliche Höhe der seinerzeit endgiltig zu bewilligenden <sup>Haar</sup> ~~Gesamt~~ Subvention heute noch keine Vermutung ausgesprochen werden.

Was nun die von Ihnen mitgeteilte Erhöhung des Kostenaufwandes bis zum ~~Betrag~~ <sup>Betrag</sup> von 600000 K betrifft, so wird dies die weitere Entwicklung der Angelegenheit nach meinem unmaßgeblichen Dafürhalten wahrscheinlich in folgender Weise beeinflussen: Das Finanzministerium hat auch bezweifelt, ob die früher veranschlagte Summe von 450000 K nicht <sup>schon</sup> ~~zu~~ hochgegriffen sei und das Kultusministerium ersucht, die Pläne und Voranschläge für den Bau vor endgiltiger Bemessung der Subvention genau zu prüfen. Wenn nun das Kultusministerium diesem Ersuchen des Finanzministeriums nachkommt, und von Ihnen ein Bauprogramm nebst Planskizzen und approximativen Voranschlägen verlangen wird, so werden Sie den Nachweis führen, dass der Bauaufwand aus zwingenden Gründen bis zum Betrage von 600000 K erhöht werden musste. <sup>zau</sup> ~~Es~~ folgt nun natürlich keineswegs, dass auch die Subventionshöhe werden muss, als das Ministerium bisher beabsichtigt hat. Es wird vielmehr ~~gerade~~ dann jenes Verhältnis hergestellt, sein, das der sonst üblichen Praxis entspricht. 600000 K Gesamtaufwand und 200000 K Subvention -- die letztere also 1/3tel des ersten, und nicht mehr. ~~der~~ Mit diesem Verhältnisse würde sich vielleicht auch das Finanzministri-

Ministerium befreunden und es wäre also gerade durch die Erhöhung des Gesamtaufwandes bis zu 600000 K die Subvention von 200000 K umso eher gesichert. Für den durch diese Subvention und die sonst verfügbaren Mittel nicht gedeckten Mehraufwand, der nach den neuesten Berechnungen erforderlich sein wird, kann aber allerdings eine staatliche Deckung nicht mehr in Betracht kommen. Und sollten Sie infolge dessen den Gesamtaufwand doch wieder herabzumindern suchen, so würde aller Wahrscheinlichkeit nach auch die Subvention vermindert werden. In jedem Falle müssen Sie sich mit dem Gedanken befreunden, dass noch weitere lokale Zuschüsse notwendig sind, und dass nicht der Staat allein für den ganzen fehlenden Rest des erforderlichen Aufwandes (sei dieser nun so oder so berechnet) aufkommen kann.



Hiermit glaube ich Ihnen den gegenwärtigen Stand der Angelegenheit und ihre mutmaßliche weitere Entwicklung deutlich gemacht zu haben und begere nur noch, dass natürlich auch sehr viel von dem Einflüsse abhängt, den Ihre Abgeordneten oder sonstige wichtige Persönlichkeiten in dieser Sache auf die Regierung auszuüben können und in der Lage sind. Dabei handelt es sich in erster und letzter Linie eigentlich immer nur um das Finanzministerium, das die fiskalischen Rücksichten, die es pflichtgemäß zu wahren hat, in einem solchen Falle <sup>nun</sup> ~~schon~~ so ängstlich <sup>küht</sup> ~~betet~~, weil ja eine weitgehende Begünstigung der einen Aktion so und so viele nicht minder weitgehende Ansprüche von anderer Seite zu Gunsten ähnlicher Aktionen im Gefolge zu haben pflegt. Das Ministerium für Kultus und Unterricht wird es nach wie vor nicht an dem nötigen Eifer fehlen lassen, um die sachlichen Gründe, die trotz allem für eine etwas großzügigere För-

zu J. n. 83875

derung des Salzburger Unternehmens <sup>Mechan</sup>~~Verein~~, immer wieder in der geeigneten Weise geltend zu machen. Die erwähnten weiteren Verhandlungen werden nach der Einbringung des Staatsvoranschlages im Abgeordnetenhaus von hieraus eingeleitet werden.

Indem ich hoffe, Ihnen mit vorstehenden Ausführungen einigermaßen gedient zu haben, und mir Vorbehalte, auf den übrigen Inhalt Ihres Schreibens bei Gelegenheit zurückzukommen, bin ich in größter Hochachtung und Wertschätzung

Ihr ergebener

cy

Handwritten signature or scribble in dark ink, possibly reading "H. Becker".

A single vertical dash mark.



Handwritten signature or scribble in dark ink, possibly reading "M".



